

TÄTIGKEITSBERICHT DES ÖSTERREICHISCHEN FRAUENRINGS

FÜR DAS JAHR 2016

Österreichischer Frauenring
Bacherplatz 10/4
A-1050 Wien

Telefon: +43 (0)664 5071313
E-Mail: office@frauenring.at
Website: www.frauenring.at

ZVR-Zahl: 383262008

INHALT

1. DER FRAUENRING	4
1.1 GRUNDSÄTZE	4
1.2 HINTERGRUND.....	4
1.3 TÄTIGKEITSBEREICHE DES ÖFR	5
1.4 VORSTAND	6
1.5 MITGLIEDSORGANISATIONEN DES ÖFR.....	8
 2. SCHAFFUNG FACHLICHER GRUNDLAGEN	11
 3. STELLUNGNAHMEN UND PRESSEARBEIT	13
3.1 JAHRESÜBERBLICK.....	13
3.2 WEB-AUFTRITT UND SOCIAL MEDIA.....	15
3.3 STELLUNGNAHMEN, LESERINNENBRIEFE, KOMMENTARE & PRESSEAUSSENDUNGEN.....	16
 4. VERANSTALTUNGEN UND AKTIONEN	28
4.1 TEILNAHME AN ONE BILLION RISING	28
4.2 TEILNAHME AN DER DEMONSTRATION ANLÄSSLICH DES INTERNATIONALEN FRAUENTAGS	28
4.3 VERGABE DES FRAUENRING-PREISES 2016.....	28
4.4 STUDIENPRÄSENTATION UND DISKUSSION – FRAUENPOLITIK UND MEDIEN 29	
4.5 PRESSEKONFERENZ ZUM THEMA UNTERHALT	30
4.6 UNTERSTÜTZUNG DER KAMPAGNE „GEWALTFREI LEBEN“	31
4.7 ROUND TABLES DES ÖFR.....	31
4.8 AUSTAUSCH UND ZUSAMMENARBEIT MIT DER PLATTFORM FÜR EINE MENSCHLICHE ASYLPOLITIK	33
 5. INTERNATIONALE KONTAKTE	34
5.1 FRAUEN AUF DER FLUCHT UND DAS PROJEKT #VOMENSVOICES	34

5.2	FRAUEN IN ENTSCHEIDUNGS- UND FÜHRUNGSPOSITIONEN.....	35
5.3	MAPPING SEXUALITY EDUCATION	35
5.4	GENERALVERSAMMLUNG DER EWL	36
5.5	EWL OBSERVATORY ON VIOLENCE AGAINST WOMEN AND GIRLS.....	37
6.	SONSTIGE TÄTIGKEITEN	39

1. DER FRAUENRING

Der Österreichische Frauenring (ÖFR) ist die Dachorganisation österreichischer Frauenvereine. Ihm gehören Vertreterinnen der Parteien, der Katholischen und Evangelischen Kirche, die Frauenorganisationen der Gewerkschaften und der Standesvertretungen, autonome Frauengruppen und unabhängige Frauenorganisationen an.

Mit mehr als 35 Mitgliedsorganisationen vertritt der ÖFR in Summe indirekt ca. eine Million Frauen. Die zentralen Anliegen sind die Wahrung der Rechte aller Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter.

1.1 GRUNDSÄTZE

Der Frauenring

- schafft fachliche Grundlagen für die Arbeit der Mitgliedsorganisationen, erarbeitet Vorschläge und Stellungnahmen zu Themen, die für Frauen von besonderer Relevanz sind.
- leistet Öffentlichkeitsarbeit gegen sexistische und frauenfeindliche Gesetze, Kampagnen, etc.
- setzt gemeinsame Aktionen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern durch.
- fördert die Vernetzung mit Frauenverbänden in anderen Ländern und internationalen Organisationen.

Der Österreichische Frauenring ist Mitglied der Europäischen Frauenlobby in Brüssel und hat statutengemäß Sitz und Stimme im Vorstand.

1.2 HINTERGRUND

Der Österreichische Frauenring (ÖFR) wurde 1969 gegründet und ist eine parteiunabhängige und überkonfessionelle Organisation. Die Vorsitzenden waren unter anderem Dr.ⁱⁿ Marilies Flemming, Johanna Dohnal, Irmgard Schmidleithner, Mag.^a Eva Salomon, Dr.ⁱⁿ Sabine Oberhauser und Dr.ⁱⁿ Christa Pölzlbauer. Seit Mai 2015 ist Sonja Ablinger Vorsitzende des ÖFR.

1.3 TÄTIGKEITSBEREICHE DES ÖFR

Schaffung fachlicher Grundlagen für die Arbeit der Mitgliedsorganisationen

Die Mitgliedsorganisationen entscheiden einmal jährlich über spezielle Arbeitsschwerpunkte des Frauenrings.

Zentrales Element ist der intensive Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Organisationen und Vereinen.

Erarbeitung von Vorschlägen und Stellungnahmen zu Frauenthemen

Der ÖFR arbeitet eng mit den Frauenreferaten der Interessensvertretungen, Ministerien, Frauenbeauftragten der Länder, Universitäten usw. zusammen und liefert Vorschläge für spezielle Studien etc.

Der ÖFR veranstaltet Workshops, Round Tables, Enqueten etc.

Öffentlichkeitsarbeit zu den Forderungen der Frauen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit über die verschiedensten Kanäle (auch Social Media) gehören zu den Kernaufgaben des ÖFR.

Bei Tagungen, Messen, Veranstaltungen sind wir mit Infoständen vertreten.

Konzeption, Erstellung und Betreuung eines Webauftritts

Die Website dient der Vernetzung der einzelnen Frauenverbände, sowie der schnellen Informationsverbreitung.

Der ÖFR verfügt zudem über Social Media-Auftritte auf den Plattformen Facebook und Twitter.

Förderung internationaler Kontakte zu gleichartigen Frauenverbände

Der Frauenring beteiligt sich an EU-Projekten (z.B. nationale Aktionspläne gegen soziale Ausgrenzung) und nimmt international an Veranstaltungen, Treffen, Tagungen zu frauenpolitischen Themen teil.

Der ÖFR betreibt gemeinsames Lobbying auf internationaler Ebene - auch durch die intensive Zusammenarbeit mit der EWL (European Women's Lobby).

1.4 VORSTAND

Die letzte Generalversammlung des Österreichischen Frauenrings am 14. Juni 2016 hat den Vorstand wie folgt bestätigt:

Vorsitzende:

Sonja Ablinger, Gewaltschutzzentrum Oberösterreich

Stellvertretende Vorsitzende:

Dr.in Brigitte Hornyik, Verein österreichischer Juristinnen

Mag.a Maria Rösslhumer, Verein Autonomer Österreichischer Frauenhäuser

Schriftführerin:

Mag.a Christa Kirchmair, Business and Professional Women Austria

Stellvertretende Schriftführerin:

Mag.a Isabella Guzi, BA, ÖGB Frauen

Finanzreferentin:

Mag.a Dr.in Andrea B. Braidt, MLitt, Österreichische Gesellschaft für Geschlechterforschung

Stellvertretende Finanzreferentin:

Mag.a Andrea Brunner, SPÖ Frauen

Rechnungsprüferinnen:

Mag.a Maria Schenk, Europäische Frauenunion

NRabg. Nurten Yilmaz, SPÖ Frauen

Beisitzerinnen:

Etenesh Hadis, Afrikanische Frauenorganisation

Mag.a Ingrid Moritz, Frauenabteilung der AK Wien

Dlin Michaela Glatzl, MA, ARGE Österreichische Bäuerinnen

Dr.in Eszter Dorner-Brader, Club alpha

Mag.a Waltraut Kovacic, Evangelische Frauenarbeit

Dr.in Ewa Dziedzic, Grüne Frauen

Veronika Pernsteiner, Katholische Frauenbewegung

Heidi Ambrosch, KPÖ Frauen

Mag.a Barbara Klein, LINK* - Verein für weiblichen Spielraum

Rosa Golob-Fichtinger, ÖGB Frauen

Mag.a Nicole Berger-Krotsch, SPÖ Frauen

Margarete Neugebauer, Union der Soroptimist Clubs Österreich

Mag.a Andrea Ludwig, Verein österreichischer Juristinnen



Generalversammlung des Österreichischen Frauenrings im Juni 2016

1.5 MITGLIEDSORGANISATIONEN DES ÖFR



Die Frauenring-Frauen mit BM Sabine Oberhauser

Der Frauenring ist im Jahr 2016 erneut gewachsen und zählt mittlerweile mehr als 40 Mitgliedsorganisationen (Stand März 2017):

abz*austria

AFRA -International Center for Black Women's Perspective

Afrikanische Frauenorganisation

AMS Frauenabteilung

Arab Women's Organisation Austria

Arbeiterkammer Wien - Frauenabteilung

Autonome Österreichische Frauenhäuser

BPW - Business Professional Women Austria

Club alpha - Frauen für die Zukunft

ega: Frauen im Zentrum

Evangelische Frauenarbeit Österreich

EWMD - European Women's Management Development International Network

FFZ - Forum Feministische Zukunft

Frau im OGV

Frauenhetz - feministische Bildung, Kultur und Politik

"Frauen beraten Frauen" - Frauenberatung & Institut für frauenspezifische Sozialforschung

Forum der Ziviltechnikerinnen, Architektinnen und Ingenieurskonsulentinnen

Gewaltschutzzentrum Oberösterreich

Die Grünen Frauen

Initiativkommittee "Taten statt Worte"

Institut für feministische Psychotherapiewissenschaften

Katholische Frauenbewegung Österreichs

Kongres Polskich Kobiet w Austrii/ Kongress Polnischer Frauen in Österreich

KPÖ Frauen

LEFÖ - Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen

LINK.* Verein für weiblichen Spielraum

Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen

ÖGB Frauen

Österreichische Gesellschaft für Geschlechterforschung

Österreichische Plattform für Alleinerziehende

Plattform Frauen im Sport

Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreich - Arbeitsgemeinschaft

Österreichischer Bäuerinnen

SOPHIE - BildungsRaum für Prostituierte

Sorority - Verein zur branchenübergreifenden Vernetzung und Karriereförderung von Frauen in Österreich

SPÖ Frauen

Sprungbrett - Beratungsstelle für Mädchen

Union der Soroptimist Clubs Österreichs

Unabhängiges Frauen Forum

VAÖ - Verband der Akademikerinnen Österreichs

Verein österreichischer Juristinnen

WIMEN - Women In Mobility & Energy, Environment Network

ZÖF - Zusammenschluss Österreichischer Frauenhäuser

2. SCHAFFUNG FACHLICHER GRUNDLAGEN

Erfahrungsaustausch, Vernetzung und Wissenserweiterung in frauenrelevanten Themengebieten gehören zu den Kernaufgaben des Österreichischen Frauenrings. Anlässlich der sieben ÖFR-Sitzungen, die während des Jahres 2016 stattfanden, konnten wichtige Informationen ausgetauscht und gemeinsame Aktionen der Mitgliedsorganisationen geplant werden.

ÖFR-Sitzungen fanden statt am

19. Jänner 2016

9. Februar 2016

16. März 2016

19. April 2016

19. Mai 2016

8. September 2016

30. November 2016

Am 14. Juni 2016 fand die Generalversammlung des ÖFR statt, bei der der Vorstand und die Vertreterinnen der Mitgliedsorganisationen gewählt wurden.

Zusätzlich zu den Sitzungen gab es mehrere Vernetzungs- und Arbeitstreffen in kleineren Arbeitsgruppen. Zudem nahmen Vertreterinnen des ÖFR an Vernetzungstreffen zu frauenrelevanten Themen teil.



stv. Frauenring-Vorsitzende Brigitte Hornyik (rechts) bei einem Vernetzungstreffen mit dem Frauennetzwerk Medien
(Foto © Frauennetzwerk Medien)

Seit 2015 lädt der Frauenring zu Round Tables, zu denen Expert*innen aus den jeweiligen Schwerpunktbereichen, sowie die Frauenring-Frauen eingeladen werden. Das Format dient einerseits der Information der Mitgliedsorganisationen, andererseits der Vernetzung mit Expert*innen. Die Diskussion ist zudem oft Ausgangspunkt für weitere Öffentlichkeitsarbeit und Positionierung des ÖFR.

Durch die regelmäßige Teilnahme der ÖFR-Vertreterinnen an Treffen und am Informationsaustausch mit der European Women's Lobby war die frauenpolitische Arbeit

auch dieses Jahr in vielerlei Hinsicht nicht auf eine nationale Ebene beschränkt, sondern international ausgerichtet.



Treffen des EWL Observatory on Violence Against Women and Girls (Foto © European Women's Lobby)

3. STELLUNGNAHMEN UND PRESSEARBEIT

Als Dachorganisation österreichischer Frauenvereine haben wir es uns zur Aufgabe gemacht frauenpolitische Themen zu erkennen und anzusprechen. Wir leisten Öffentlichkeitsarbeit bei frauenpolitisch wichtigen Themen. Wir zeigen sexistische und frauenfeindliche Äußerungen in den Medien auf. Wir organisieren Veranstaltungen, um die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu thematisieren.

Aktionen in der Öffentlichkeit und Teilnahme von Frauenring-Vertreterinnen an Podiumsdiskussionen, wissenschaftlichen Konferenzen, Informationsveranstaltungen, ExpertInnengremien und Vernetzungstreffen ergänzen unsere engagierte Öffentlichkeitsarbeit.

Die Vernetzung mit der Europäischen Frauenlobby ist uns dabei ein wichtiges Anliegen, um auf internationaler Ebene frauenpolitisch zu agieren.

3.1 JAHRESÜBERBLICK

Die folgende chronologische Zusammenschau soll einen Überblick über das breite Spektrum an Themen geben, zu denen sich der Österreichische Frauenring auf verschiedenste Weise und in unterschiedlichen Kanälen im Jahr 2016 zu Wort gemeldet hat. Der Überblick kann selbstverständlich nicht die kontinuierliche und umfassende Medienarbeit über die Social Media-Plattformen Facebook und Twitter abbilden.

Zeitpunkt	Themen
Jänner	Presseaussendung anlässlich der Vorfälle in der Silvesternacht in Köln Beteiligung an einer Kundgebung gegen Gewalt an Frauen und für Selbstbestimmung Kommentar von Sonja Ablinger in der Kleinen Zeitung Thema sexuelle Übergriffe anlässlich der Vorfälle in der Silvesternacht in Köln Beteiligung an einer Protestaktion der Plattform für eine menschliche Asylpolitik gegen die geplante Verschärfung des Asylrechts
Februar	Round Table zum Thema Einkommensberichte Stellungnahme zum Thema weibliche Altersarmut Beteiligung an einer Aktion gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt gegen Frauen* anlässlich des geplanten Österreich-Auftritts Roosh V Presseaussendung mit der Forderung nach Quotenregelungen in der Politik Beteiligung am Internationalen Aktionstag der Kampagne One Billion Rising
März	Brief an die Regierungsparteien mit Forderungen zum Thema Einkommensberichte Presseaussendung zum Thema Einkommensberichte

	Beteiligung am Name Generator Projekt der ETH Zürich Teilnahme am Internationalen Aktionstag unter dem Motto „Flüchtlinge willkommen“ Teilnahme an der Demonstration anlässlich des Internationalen Frauentags 2016
April	Vergabe des Frauenring-Preises 2016 Stellungnahme zum gesamtändernden Abänderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Schabhüttl und Werner Amon, MBA zur Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Asylgesetz 2005, das Fremdenpolizeigesetz 2005 und das BFA-Verfahrensgesetz geändert werden (996 d.B.) (4/AUA) Presseaussendung zu geplanten Änderungen im Asylgesetz Teilnahme an einer Protestkundgebung vor der polnischen Botschaft in Wien anlässlich des geplanten Abtreibungsverbotes
Mai	Presseaussendung und Teilnahme am Feministischen Jurist*innenkongresses 2016 Brief an Justizminister Brandstetter betreffend das Unterhaltsvorschussgesetz Presseaussendung anlässlich der Bundespräsidentenwahl 2016
Juni	Presseaussendung mit der Forderung nach einem eigenständigen Frauenministerium Teilnahme an der Aktionskonferenz - aufbruch Teilnahme an der Generalversammlung der Europäischen Frauenlobby in Brüssel
September	Studienpräsentation und Diskussion zum Thema Frauenpolitik und Medien gemeinsam mit der Frauenabteilung AK Wien und dem Frauennetzwerk Medien
Oktober	Stellungnahme zur Verordnung der Bundesregierung zur Feststellung der Gefährdung der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des Schutzes der inneren Sicherheit samt Erläuterungen, GZ BMI-LR1330/0013-III/1/c/2016 Presseaussendung des Frauenrings, der Katholischen Frauenbewegung und der Österreichischen Plattform für Alleinerziehende zum Thema Herbstferien Round Table des ÖFR zum Thema Ein-Personen-Unternehmerinnen Leserinnenbrief zur ORF-Sendung "Im Zentrum" vom 16.10.2016 Pressekonferenz zum Thema Unterhaltsvorschuss gemeinsam mit der Österreichischen Plattform für Alleinerziehende, dem Forum Kindesunterhalt, der SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Katharina Kucharowits und der Familiensprecherin der Grünen, Judith Schwentner Interview mit Radio FRO 105.0 zum Thema Frauenpolitik und Medien Brief an Justizminister Brandstetter betreffend das Unterhaltsvorschussgesetz

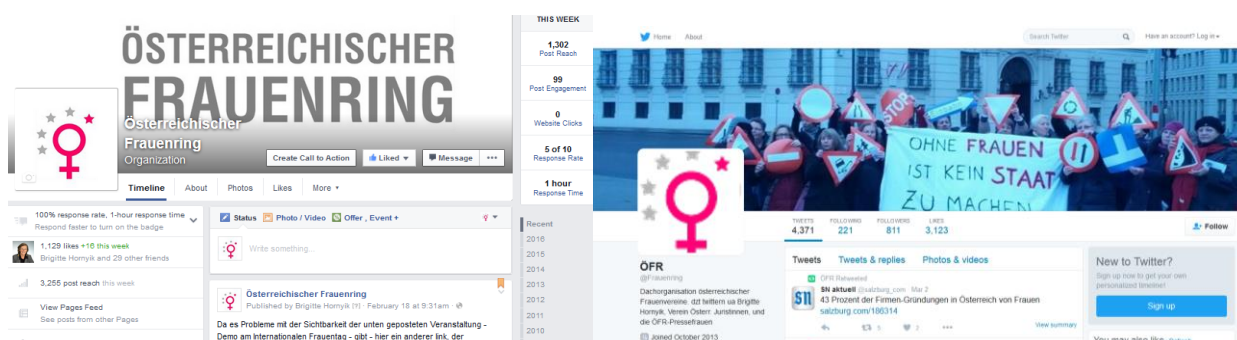
November	Teilnahme an der Vorstandssitzung der Europäischen Frauenlobby in Brüssel Presseaussendung zur Unterstützung der Initiative #abersicher der Armutskonferenz für eine bessere Mindestsicherung Teilnahme am ersten Treffen des EWL Observatory Meetings in Brüssel Stellungnahme zu den geplanten Änderungen im Deregulierungs- und Anpassungsgesetz 2016 (239/ME, XVVL GP) Erstellung und Auswertung eines Fragenkatalogs an die Kandidaten zur Bundespräsidentenwahl 2016
Dezember	Offener Brief gemeinsam mit dem Frauennetzwerk Medien an Bundeskanzler Kern anlässlich der Änderungen im Aufsichtsrat der Wiener Zeitung Offener Brief an die Regierungsparteien und den ORF anlässlich der ORF-Sendung „Im Zentrum“ vom Artikel zum Thema Unterhaltsvorschussgesetz in der Kleinen Zeitung [22.12.2016]

3.2 WEB-AUFTRITT UND SOCIAL MEDIA

Stellungnahmen, Presseaussendungen und Kommentare werden direkt auf der Frauenring-Website veröffentlicht bzw. zum Download zur Verfügung gestellt: www.frauenring.at

Einen wesentlichen Beitrag zur Sichtbarmachung und Verbreitung der Stellungnahmen und Kommentare des ÖFR liefert die Betreuung der Website und der Social Media-Seiten, die vor allem von der ÖFR-Pressereferentin Brigitte Theißl und der stellvertretenden Vorsitzenden Brigitte Hornyik betreut werden.

Auf Facebook und Twitter ist der Österreichische Frauenring tagesaktuell in Diskussionen zu diversen frauenpolitisch relevanten Themen involviert. Nachzuverfolgen sind diese Aktivitäten unter www.facebook.com/Frauenring bzw. <https://twitter.com/Frauenring>



Facebook- und Twitter-Auftritt des ÖFR

3.3 STELLUNGNAHMEN, LESERINNENBRIEFE, KOMMENTARE & PRESSEAUSSENDUNGEN

GEWALTPRÄVENTION IST AUFGABE DES STAATES – AKTIVE GEWALTPRÄVENTION UND TÄTERARBEIT STATT VERHALTENSREGELN FÜR FRAUEN. [Presseaussendung vom 10.01.2016]
--

Unter dem Motto "Frauen gegen die Scheinheiligkeit" beteiligte sich der Österreichische Frauenring am Samstag an einer Kundgebung, die sich gegen Gewalt an Frauen und für Selbstbestimmung starkmachte. Entgegen der Aussagen des Wiener Polizeipräsidenten Pürstl, der in einem Interview mit der „Krone“ sagte, dass Frauen nachts nicht ohne Begleitung unterwegs sein sollten, forderten die Aktivistinnen am Stephansplatz lautstark den öffentlichen Raum für sich ein.

„Den öffentlichen Raum für alle Menschen sicher zu gestalten, ist die Aufgabe des Staates. Verhaltensregeln, die Frauen nahelegen, sie sollen abends nicht alleine unterwegs sein, gehören sicher nicht dazu“, sagte Sonja Ablinger, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings. Derartige, wenn auch wie Polizeipräsident Pürstl meinte ‚verkürzte Aussagen‘ und Forderungen gehen nämlich rasch mit Schuldzuweisungen an Frauen einher, die Übergriffe erlebt haben.

„Die Frauenbewegung kämpft seit Jahrzehnten dafür, den Fokus auf Gewaltprävention und Täter zu lenken und nicht Verhaltensregeln für Frauen aufzustellen, um Übergriffen zu entgehen“, so Ablinger weiter.

Der Forderung der Sozialistischen Jugend, Anlaufstellen für sexualisierte Gewalt mit geschultem Personal auf allen Großveranstaltungen einzurichten, schließt sich der Frauenring an. Bisher gibt es eine solche Einrichtung nur auf dem Wiener Donauinselfest, dies könnte als Vorbild für andere Großveranstaltungen wie Musik-Festivals dienen.

„Die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln haben sexuelle Übergriffe wieder verstärkt in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Diese Aufmerksamkeit darf nun aber nicht für rassistische Hetze missbraucht werden. Wir brauchen keine Rassismus-, sondern eine Sexismus-Debatte! Gewalt gegen Frauen ist ein absolutes No Go, egal, von wem und unter welchen Umständen sie verübt wird“, stellte Brigitte Hornyik, stellvertretende Vorsitzende des Frauenrings, bei der Kundgebung klar.

„Sexuelle Gewalt passiert täglich, quer durch alle Gesellschaftsschichten. Frauen müssen davor bestmöglich geschützt werden – ob in den eigenen vier Wänden, am Arbeitsplatz oder im öffentlichen Raum. Die Ressourcen für Gewaltschutzarbeit und Täterarbeit müssen dringend ausgebaut werden, wie das Gewaltschutzeinrichtungen immer wieder fordern. Von ausreichender Finanzierung von Gewaltprävention und Anti-Gewalt-Training sind wir nämlich mehr als eine ‚Armlänge‘ entfernt“, so Ablinger abschließend.

STIFTUNGSRÄTIN HAUFT: MÄNNERREGIERUNG WILL WIEDER EINE FRAU HINAUSKICKEN. SCHWARZ-BLAUE MÄNNERBÜNDELEI IN OBERÖSTERREICH AUF KOSTEN DER FRAUEN [Presseaussendung vom 02.02.2016]

Der Österreichische Frauenring solidarisiert sich mit Margit Hauft, langjährige ORF-Stiftungsrätin, die nun von der schwarz-blauen Landesregierung in Oberösterreich durch einen Mann ausgetauscht werden soll. „In Oberösterreich gibt es offensichtlich einen Plan, Frauen systematisch aus politischen Ämtern zu verdrängen“, sagte Sonja Ablinger, Vorsitzende des Frauenrings.

Dass Hauft laut Berichten der Oberösterreichischen Nachrichten in der ÖVP als „schwer lenkbar“ gilt, zeigt, dass sie keine Befehlsempfängerin aus der Parteizentrale, sondern eine sachlich qualifizierte Stiftungsrätin ist.

Da der Frauenanteil im Stiftungsrat damit auf 20 Prozent fallen würde, plädiert der Frauenring für eine verpflichtende Frauenquote. „Das Beispiel Oberösterreich zeigt, dass Freiwilligkeit uns nicht weiterbringt“, so Sonja Ablinger.

ALTERSARMUT IST DIE FOLGE VON EINKOMMENSARMUT – GENDER PENSION GAP SCHLIEßEN STATT PENSIONSANTRITTSALTER FÜR FRAUEN ERHÖHEN! [Presseaussendung vom 28.02.2016]

Anlässlich des Pensionsgipfels am 29. Februar fordert der Österreichische Frauenring die Regierung dazu auf, Maßnahmen zu setzen, um den Gender Pension Gap zu schließen - Frauen erhalten in Österreich (nach Zahlen des Hauptverbands) rund 48 % weniger Alterspension. „In der Pensionsdebatte wird reflexartig das frühere Pensionsantrittsalter von Frauen für die geringeren Pensionen verantwortlich gemacht und eine vorzeitige Erhöhung gefordert - die Probleme liegen aber anderswo“, sagte Sonja Ablinger, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.

Altersarmut ist die Folge von weiblicher Einkommensarmut. Die geschlechtsspezifische Pensionsschere hat sich trotz erhöhter Erwerbsbeteiligung der Frauen in den letzten Jahrzehnten kaum verringert. So lange Frauen eine so signifikant schlechtere Einkommenssituation haben, sind auch die (verfassungs)gesetzlichen Voraussetzungen für eine vorzeitige Anhebung des Frauenpensionsalters nicht gegeben. Selbst bei der ausschließlichen Betrachtung der neu zuerkannten Pensionsleistungen – also ohne Berücksichtigung der viel niedrigeren Pensionen aus dem Pensionsstand der älteren PensionistInnen – ist der Pensionsnachteil der Frauen enorm.

Die niedrigen Frauenpensionen sind auch Auswirkungen der Pensionsreformen 2003 und 2004. Die Umstellung der Pensionsberechnung von den „besten 15 Jahren“ auf eine volle Durchrechnung (= 40 Jahre) wird zu wesentlich geringeren Pensionen führen. Auch die schlechtere Bewertung der Zeiten, in denen Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe bezogen wurden, werden die Pensionen verringern.

Die letzten Arbeitsjahre haben darum keine Auswirkungen auf eine höhere Pension. „Wer zu Recht die niedrigen Frauenpensionen thematisiert, muss dort hinschauen, wo sie entstehen: bei den geringen Einkommen im Berufsleben und bei den verlängerten Durchrechnungszeiträumen“, sagte Ablinger. Dazu gehören unter anderem Maßnahmen wie

die Anhebung der Mindestlöhne, aber auch die Abschaffung der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe. „Frauen ihre eigenständigen Versicherungsleistungen zuzugestehen sind ebenso notwendige Maßnahmen wie die höhere Bewertung der Kinderbetreuungszeiten bei der Pensionsberechnung im Pensionskonto und insgesamt die bessere Anrechnung von Karenzzeiten in allen Arbeitsverhältnissen und Kollektivverträgen“, fordert Ablinger.

Auch Hannah Steiner vom Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen fordert ein Umdenken in Sachen Frauenpensionen: „Wir haben im Rahmen des EU-Projekts ‘Faires Einkommen - Faire Pension’ mit zahlreichen Expertinnen von Forschungseinrichtungen wie dem WIFO gesprochen, alle sind sich einig: das frühere Eintrittsalter von Frauen ist nicht das Problem.“ Ausgeklammert bleibe in den Diskussionen häufig der Arbeitsmarkt -dort müsse aber angesetzt werden. „Beim geschlechtsspezifischen Einkommensunterschied sind wir mit 23 % auf dem vorletzten Platz in der EU, das schreibt sich bei den Frauenpensionen fort“, so Steiner. Die Erfahrung aus den Frauenberatungsstellen zeige, dass die Pensionskonto-Information über die vorläufige Pensionshöhe viele Frauen verunsichert hat. „Mit dieser Betroffenheit kann die Politik die Frauen jetzt nicht alleine lassen“, so Steiner abschließend.

NACHBESSERUNG BEI EINKOMMENSBERICHTEN NOTWENDIG – FRAUENRING FORDERT STABSTELLE ZUR FÖRDERUNG DER BETRIEBLICHEN GLEICHSTELLUNG [Presseaussendung vom 07.03.2016]

Der Österreichische Frauenring schließt sich der Forderung von Frauenministerin Heinisch-Hosek an, die Einkommensberichte nachzuschärfen. „Die verpflichtenden Einkommensberichte waren ein Schritt in die richtige Richtung, um endlich mehr Einkommensgerechtigkeit zu schaffen, müssen aber weitere Schritte folgen“, sagte Sonja Ablinger, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.

Für mehr Transparenz braucht es die Aufnahme zusätzlicher Kriterien und Standards in die Einkommensberichte, etwa die gesonderte geschlechtsbezogene Auflistung von Prämien, Zulagen und Pauschalen, Überstunden, Unterscheidung von Vollzeit und Teilzeit und prozentuelle Angaben der Entgeltdifferenzen.

Zur Berichtslegung sollen außerdem Unternehmen und Betriebe mit mehr als 20 MitarbeiterInnen (derzeit 150) wie beispielsweise in Schweden verpflichtet werden.

Ein weiteres Problem ist die bestehende Verschwiegenheitsklausel. „Die sicherste Art eine Ungerechtigkeit überleben zu lassen ist, sie zu verschweigen. Sowohl MitarbeiterInnen als auch BetriebsrätInnen müssen mehr Möglichkeiten offenstehen, mit den Einkommensberichten zu arbeiten“, so Ablinger. Aktuell sind die Regelungen, wer Zugriff auf den Einkommensbericht hat, unklar, auch fehlt ein Maßnahmenplan, was damit passiert. „Damit die Berichte nicht einfach in der Schublade verschwinden, braucht es einen verpflichtenden Austausch zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat“, sagte Ablinger.

Der Frauenring plädiert weiters für die Schaffung einer Stabstelle zur Förderung der betrieblichen Gleichstellung, die bei der Gleichbehandlungsanwaltschaft angesiedelt sein könnte. Aufgabe der Stabstelle wäre es, Einkommensberichte stichprobenartig zu prüfen und zu evaluieren, auch Schulungen und Beratungen könnten angeboten werden. „Mit einer solchen Stelle könnten die derzeit noch zahnlosen Einkommensberichte zu einem wichtigen

Baustein im Kampf um geschlechterspezifische Einkommensgerechtigkeit werden“, so Ablinger abschließend.

STELLUNGNAHME DES ÖSTERREICHISCHEN FRAUENRINGS ZUM GESAMTÄNDERNDEN ABÄNDERUNGSANTRAG DER ABGEORDNETEN JÜRGEN SCHABHÜTTL UND WERNER AMON, MBA ZUR REGIERUNGSVORLAGE: BUNDESGESETZ, MIT DEM DAS ASYLGESETZ 2005, DAS FREMDENPOLIZEIGESETZ 2005 UND DAS BFA-VERFAHRENSGESETZ GEÄNDERT WERDEN (996 D.B.) (4/AUA) [Presseaussendung vom 21.04.2016]

Die offizielle Stellungnahme des ÖFR zur geplanten Gesetzesänderung steht unter folgendem [Link](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/SN/SN_00381/index.shtml) zum Download bereit:

GEGEN OBERGRENZEN FÜR FRAUEN AUF DER FLUCHT! FRAUENRING KRITISIERT GEPLANTE VERSCHÄRFUNGEN DES ASYLGESETZES [Presseaussendung vom 22.04.2016]

Am 25. April soll im Parlament ein verschärftes Asylgesetz beschlossen werden. Das bereits geplante 'Asyl auf Zeit' sowie die Erschwerung der Familienzusammenführung sollen durch das jetzt hinzugekommene Verordnungsrecht im Falle eines so genannten Notstands noch weiter verschärft werden. Mit dieser Bestimmung soll für Asylsuchende der Zugang zu Asylverfahren stark eingeschränkt werden. Ein Großteil der Flüchtlinge könnte mit Hilfe dieser Notstandsverordnung künftig durch Schnellverfahren an der Grenze ohne Einleitung eines Asylverfahrens in die Nachbarländer zurückgeschickt werden. Der Österreichische Frauenring (ÖFR) lehnt die vorgeschlagene Asylgesetznovelle daher strikt ab.

Neben dieser Sonderregelung wird auch eine Novelle zu 'Asyl auf Zeit' beschlossen. Auch diese Teile im Gesetzespaket beinhalten massive Verschärfungen. „Die neu eingebauten Hürden beim Familiennachzug erschweren insbesondere Frauen und Kindern die Flucht“, sagt Sonja Ablinger, Vorsitzende des ÖFR.

Besonders hart getroffen wären auch unbegleitete minderjährige AsylwerberInnen, die in Österreich als subsidiär Schutzberechtigte anerkannt werden. Durch das neu hinzugekommene Verordnungsrecht kann das Asylrecht unter rechtsstaatlich unklar definierten Voraussetzungen praktisch ausgehebelt werden, Obergrenzen können durch eine Hintertür rechtlich umgesetzt werden.

Ablinger kritisiert auch die extrem kurze Begutachtungsfrist für diese "Notstandsmaßnahme", mit der die vom Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes empfohlene mindestens sechswöchige Begutachtungsfrist missachtet wird.

Der Frauenring appelliert dringend an die Parteien, den Gesetzesentwurf in der jetzigen Form nicht zu beschließen. „Frauenrechte sind Menschenrechte, auch die Rechte geflüchteter Frauen – und Menschenrechte haben keine Grenzen, auch keine Obergrenzen“, sagt Ablinger abschließend.

DREI TAGE FEMINISMUS AM WIENER JURIDICUM: DER FEMINISTISCHE JURISTINNEN*TAG (FJT) FINDET SEIT ÜBER 40 JAHREN ERSTMALS IN ÖSTERREICH STATT [Presseaussendung vom 02.05.2016]

Von 6. bis 8. Mai 2016 treffen sich über 300 feministische Rechtswissenschaftlerinnen, Praktikerinnen und Aktivistinnen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich. Sie diskutieren Verbindungen von Recht und Geschlechterordnung, Herrschaft und Emanzipation. In zahlreichen Workshops erarbeiten die Teilnehmerinnen am Juridicum, Universität Wien, feministische Forderungen an Gesetzgebung, Rechtsprechung und Rechtswissenschaft.

Die Themen: von Flucht über Sexarbeit bis zu Leihmüttern und Gewalt Schwerpunkt ist heuer das aktuelle Thema Asyl. Den Auftakt dazu bildet der Eröffnungsvortrag «Gender auf der Flucht» von Nora Markard, Juniorprofessorin an der Universität Hamburg, im Großen Festsaal der Uni Wien. Flucht ist nicht geschlechtsneutral: Von den Gründen das Herkunftsland (nicht) zu verlassen über Erfahrungen auf der Flucht bis hin zu Lebensrealitäten im Asylland – für Frauen ist Flucht anders. Insbesondere droht vielen Frauen, Mädchen und LGBTIQ nach der lebensgefährlichen Flucht auch in Europa weiterhin Gewalt. Denn Massenunterkünfte bieten keinen ausreichenden Schutz vor Übergriffen.

Weitere Highlights aus dem umfangreichen Programm: Barbara Beclin, Universität Wien, thematisiert die Abschaffung des Verschuldensprinzips im Eherecht: Insbesondere beim Unterhalt fragt sich, ob die (Mit-)Schuld am Scheitern einer Beziehung wirklich die Existenzgrundlage gefährden darf. Beate Rudolf, Direktorin am Deutschen Institut für Menschenrechte, setzt sich mit der menschenrechtlichen Verpflichtung zum Schutz der sexuellen Selbstbestimmung auseinander. Barbara Steiner, Rechtsanwältin in Wien, gestaltet einen Workshop zur Verbesserung der Lage von Opfern von Sexualdelikten in Strafverfahren. Caroline Voithofer und Sheela Saravanan, Rechtswissenschaftlerinnen in Innsbruck und Heidelberg, werfen kontroverse Fragen rund um die Regelung von Leihmutterschaft auf. Frauen als Kundinnen von Sexarbeit, ein auch innerhalb der Gender Studies brandneues Thema, werden mit Kristina Marlen, Sexarbeiterin in Berlin, debattiert.

Über den FJT: Seit 1978 tagt der FJT jährlich in einer anderen Stadt in Deutschland. Dieses Jahr holen der Verein österreichischer Juristinnen und die Professur für Rechtsphilosophie und Legal Gender Studies unter der Leitung von Universitätsprofessorin Elisabeth Holzleithner diesen Event erstmals nach Österreich.

Der FJT 2016 ist mit über 300 Teilnehmerinnen komplett ausgebucht.

FRAUENRING: FÜR EINEN BUNDESPRÄSIDENTEN, DER SICH NICHT AN 'TÖCHTERN' STÖRT! VORSITZENDE ABLINGER: WIR WOLLEN KEINEN BUNDESPRÄSIDENTEN MIT VORGESTRIGEM FRAUENBILD! [Presseaussendung vom 17.05.2016]

Die Wahl am kommenden Sonntag entscheidet über den zukünftigen Bundespräsidenten Österreichs. Es wird darüber entschieden, wer unser Land nach außen vertritt und wer mit welchem Amtsverständnis die Nachfolge Heinz Fischers antritt. Für den Frauenring als Dachorganisation österreichischer Frauenvereine ist in dieser Stichwahl zwischen Alexander Van der Bellen und Norbert Hofer auch wesentlich, welches Verständnis der zukünftige

Bundespräsident über das Selbstbestimmungsrecht der Frau und welches Frauenbild er insgesamt hat.

„Norbert Hofer beweist mit seinen Äußerungen über die ‚Töchter‘ in der Bundeshymne und über das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, dass er mit einem modernen Frauenbild große Schwierigkeiten hat. In einer Stichwahl zwischen Alexander Van der Bellen und Norbert Hofer fällt die Entscheidung leicht: Ich will keinen Bundespräsidenten, der ein Frauenbild aus dem vorletzten Jahrhundert prägt“, sagte Sonja Ablinger, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.

Die stellvertretende Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings, Brigitte Hornyik warnt: „Wir brauchen auch keinen starken Mann, der uns Nachdenken verordnet: Als mündige Menschen können wir selber denken, keine Frau entscheidet sich leichtfertig für einen Schwangerschaftsabbruch.“

„Wenn Herr Hofer die Nationalhymne ‚wie sie meine Mutter und meine Großmutter gesungen haben‘ singen möchte, möchte er vielleicht auch zur Gesetzgebung zurück zur Zeit seiner Mutter und Großmutter. Bei dieser Bundespräsidentenwahl gibt es keine Alternative zu Van der Bellen“, unterstrich Eszter Dorner-Brader, Generalsekretärin im Club alpha.

Die Frauensprecherin der KPÖ, Heidi Ambrosch, schließt sich dem Aufruf für Van der Bellen an und warnt: „Norbert Hofers Ankündigungen seine den Parteien übergeordneten Kompetenzen auch praktisch anwenden zu wollen, sprich nach eigenem bzw. FPÖ-Ermessen Bundesregierungen ihres Amtes zu entheben, müssen ernst genommen werden.“

Eine Warnung über eine mögliche Amtsführung von Norbert Hofer spricht auch Andrea Brunner, Bundesfrauengeschäftsführerin der SPÖ, aus und betont: „Norbert Hofer brüstet sich damit, dass er die Töchter in der Bundeshymne bewusst auslassen will. Das ist nur ein weiteres Indiz dafür, dass er glaubt sich - auch wenn er Bundespräsident wäre - über alles hinwegsetzen zu können.“

„Ein Bundespräsident, der Österreich ab 2016 repräsentieren soll, aber Mädchen und Frauen vollkommen ausblendet und nicht berücksichtigt, blendet 52 % der österreichischen Bevölkerung aus. Dies ist frauenverachtend und eine gravierende Menschenrechts- und somit Frauenrechtsverletzung. Dies wird der Österreichische Frauenring nicht hinnehmen“, stellte die Geschäftsführerin des Vereins Autonomer Österreichischer Frauenhäuser und stellvertretende Frauenringvorsitzende Maria Rösslhumer abschließend fest.

VERPASSTE CHANCE: ÖSTERREICH BRAUCHT EIGENSTÄNDIGES FRAUENMINISTERIUM! [Presseaussendung vom 13.06.2016]

Im Zuge der aktuellen Regierungsumbildung wurde die Chance vergeben, die Frauenpolitik mit der Schaffung eines eigenständigen Ministeriums aufzuwerten - das Frauenressort wandert lediglich vom Bildungsministerium ins Gesundheitsministerium. „Um Frauenpolitik nachhaltig und schlagkräftig gestalten zu können, braucht es auch die entsprechenden Rahmenbedingungen“, sagte Sonja Ablinger, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.

Der Frauenring fordert daher ein eigenständiges Frauenministerium mit ausreichender Finanzierung, um den Herausforderungen der Querschnittsmaterie Frauenpolitik gerecht werden zu können. Das Aufgabengebiet ist vielfältig: Bei der Einkommensgleichheit zwischen Männern und Frauen liegt Österreich nach wie vor auf dem vorletzten Platz innerhalb der EU, Frauen - insbesondere Alleinerzieherinnen und Pensionistinnen - sind

überdurchschnittlich armutsgefährdet, geflüchtete Frauen sind nicht ausreichend geschützt und Kinderbetreuungsplätze fehlen. Auch müssen umfassende Maßnahmen zur Gewaltprävention umgesetzt werden, zu denen sich Österreich durch die Ratifizierung der Istanbul-Konvention verpflichtet hat.

Der Frauenring fordert nicht nur die Regierung, sondern alle Nationalratsabgeordneten dazu auf, frauenpolitische Fragen ins Zentrum ihrer Arbeit zu stellen. "Frauenpolitik ist keine Fleißaufgabe. Sowohl die verfassungsrechtliche Verankerung der Gleichstellung der Geschlechter als auch die europarechtliche Festschreibung von Gender Mainstreaming verpflichten dazu, entsprechende Maßnahmen zu setzen", so Ablinger abschließend.

SOZIALE SICHERUNG FÜR ALLEINERZIEHENDE: MINDESTSICHERUNG MUSS ERHÖHT WERDEN! [Presseaussendung vom 29.09.2016]

Der Österreichische Frauenring schließt sich der Forderung der Österreichischen Plattform für Alleinerziehende an, die Mindestsicherung in Österreich zu erhöhen.

Alleinerziehende sind die am häufigsten von Armut betroffene Gruppe in Österreich, rund 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen. Fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen, schlecht bezahlte ‚Frauenberufe‘, der nach wie vor bestehende Gender Pay Gap von rund 23 Prozent und die steigende Arbeitslosigkeit unter Frauen treffen sie – und ihre Kinder – besonders hart.

„Arme Kinder von heute sind die chronisch Kranken von morgen. Der Staat muss hier rechtzeitig entgegensteuern, die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist eine wichtige Maßnahme, die für viele Alleinerziehende das letzte soziale Netz darstellt“, sagte Sonja Ablinger, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.

Entgegen den populistisch motivierten Angriffen auf BezieherInnen der Mindestsicherung und Kürzungen, wie sie in Oberösterreich durchgeführt wurden, braucht es eine Erhöhung – zumindest auf das Niveau der Armutsgrenze.

„Die Mindestsicherung sichert nicht nur die Existenz von Alleinerziehenden, sie hilft auch gewaltbetroffenen Frauen in Zeiten der Trennung und ermöglicht Kindern und Jugendlichen eine gesellschaftliche Teilhabe“, so Ablinger abschließend.

STELLUNGNAHME DES ÖSTERREICHISCHEN FRAUENRINGS ZUR VERORDNUNG DER BUNDESREGIERUNG ZUR FESTSTELLUNG DER GEFÄHRDUNG DER AUFRECHTERHALTUNG DER ÖFFENTLICHEN ORDNUNG UND DES SCHUTZES DER INNEREN SICHERHEIT SAMT ERLÄUTERUNGEN, GZ BMI-LR1330/0013-III/1/C/2016 [Presseaussendung vom 04.10.2016]

Mit der Änderung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 24/2016 kann die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates mit Verordnung feststellen, dass die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Schutz der inneren Sicherheit aufgrund der mit dem aktuellen und zu erwartenden Migrationsgeschehen verbundenen Auswirkungen in Österreich gefährdet sind.

Als Dachorganisation österreichischer Frauenvereine forderte der Österreichische Frauenring die Regierung dazu auf, die geplante Änderung des Bundesgesetzes, die eine erneute Verschärfung des Asylrechts – und damit auch eine Verschlechterung der Situation von Frauen und Kindern auf der Flucht – zur Folge hat, nicht zu beschließen!

Die Stellungnahme kann in voller Länge unter folgendem Link nachgelesen werden: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Begutachtungen/2016_09_07/stellungnahmen/OEFR_Stng_Notverordnung.pdf

NEIN ZUR "NOTVERORDNUNG" – VERSCHÄRFUNG DES ASYLRECHTS TRIFFT BESONDERS FRAUEN HART [Presseaussendung vom 05.10.2016]
--

Der Österreichische Frauenring spricht sich klar gegen die Erlassung der so genannten "Notverordnung" durch die Bundesregierung aus. „Die geplante Änderung des Bundesgesetzes würde eine neuerliche Verschärfung des Asylrechts und damit auch eine Verschlechterung der Situation von Frauen und Kindern bedeuten“, sagte Sonja Ablinger, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.

Der Entwurf ist in mehrerlei Hinsicht rechtlich problematisch: Die bereits in den gesetzlichen Grundlagen verwendeten unbestimmten Gesetzesbegriffe „öffentliche Ordnung“ und „innere Sicherheit“ könnten behördlicher Willkür Tür und Tor öffnen. „Die Feststellung des so genannten Notstands ermöglicht weitgehende Einschränkungen im Bereich des völkerrechtlich verankerten Asylrechts und der Menschenrechte. Die Verwendung der genannten dehnbaren Begriffe erscheint daher äußerst bedenklich“, sagte Brigitte Hornyik, Verfassungsjuristin und stellvertretende Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.

Als besonders problematisch beurteilt der Frauenring Schnellverfahren, die an der Grenze durchgeführt werden sollen. Solche Schnellverfahren machen es gerade für Frauen und LGBTIQ-Personen noch schwerer, über ihre traumatischen Erfahrungen z.B. mit sexueller Gewalt, vor der sie geflüchtet sind, zu sprechen. „Die Begründung der geplanten Gesetzesänderung suggeriert eine Notlage, die sich weder in den Zahlen von Asylanträgen, noch in den vorliegenden Daten zur aktuellen Situation in Österreich widerspiegeln. Wer Frauen und Kinder wirklich vor Verfolgung schützen und Familien Geflüchteter wieder zusammenführen will, darf diese Verordnung nicht beschließen!“, sagte Sonja Ablinger abschließend.

WIE BERICHTEN MEDIEN ÜBER FRAUENPOLITIK? – RADIO-DISKUSSION [Radio FRO-Sendung vom 08.10.2016]

Wie berichten Medien über Frauenpolitik? Sonja Ablinger (Österreichischer Frauenring) und Maria Pernegger (MediaAffairs) gingen dieser Frage live bei Martin Wassermair im Studio von Radio FRO nach. Sie diskutieren, wie es um Frauenpolitik in Österreich bestellt ist, welche Frauenbilder gemeinhin aus der medialen Berichterstattung abzulesen sind und wie die Darstellung von Frauen in Politik und öffentlichem Leben zu verbessern ist.

Die Diskussion kann online nachgehört werden: <https://dorftv.at/video/25791>

**GEGEN GESETZLICH VERORDNETE KINDERARMUT: REFORMEN ZUR
UNTERHALTSSICHERUNG DRINGEND NOTWENDIG! [Presseaussendung vom
21.10.2016]**

Ein Bündnis bestehend aus dem Österreichischen Frauenring, der Österreichischen Plattform für Alleinerziehende, dem Forum Kindesunterhalt, der SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Katharina Kucharowits und der Familiensprecherin der Grünen, Judith Schwentner, forderte bei einer Pressekonferenz am Freitag eine armutsfeste Unterhaltssicherung für Alleinerziehende und ihre Kinder.

Obwohl eine Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes Teil des Regierungsprogramms ist und bereits 2008 eine Verbesserung angekündigt wurde, bleiben die Anliegen der Alleinerziehenden und ihrer Kinder auf der politischen Agenda ein Randthema. „Eine Reform wird immer wieder hinausgeschoben, und das, obwohl in den letzten zehn Jahren die Armut der Betroffenen massiv gestiegen ist. Wir wollen die Verantwortlichen beim Thema Kinderarmut und prekäre Lebenssituation der Alleinerziehenden wachrütteln“, sagte Sonja Ablinger, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.

Ein-Eltern-Haushalte haben laut EU-SILC 2015 mit 42 % die höchste Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung. Die Möglichkeiten sozialer Teilhabe von Kindern und Jugendlichen werden somit vielfach über die ökonomische Situation des Elternhaushalts bestimmt.

Um die Situation der Alleinerziehenden und ihrer Kinder zu verbessern, fordert das Bündnis eine Sicherung von Mindestunterhalt und Sonderausgaben, die Schließung von Lücken im Kindesunterhaltsgesetz, eine Unterhaltssicherung bis zum Ende der Ausbildung von Jugendlichen und eine umfassende Erhebung von Daten durch das Justizministerium.

„Die seit Jahren angekündigte Kinderkostenanalyse, die als Grundlage einer Reform des Unterhaltsgesetzes immer genannt wird, muss endlich erstellt werden. Wir dürfen bei der Berechnung des Unterhalts nicht länger auf Erhebungen aus dem Jahr 1964 angewiesen sein“, sagte die Grüne Familiensprecherin Judith Schwentner.

Katharina Kucharowits, Kinder- und Jugendsprecherin der SPÖ, wies darauf hin, dass Jugendliche in Ausbildung, die einen Unterhaltsvorschuss beziehen, derzeit mit dem 18. Geburtstag von einem Tag auf den anderen in der Luft hängen: „Es bleibt nur noch der Weg, die obsorgepflichtige Person, damit meistens den eigenen Vater, zu klagen. Wer bitte macht das in diesem Alter? Der Unterhalt muss deshalb bis zum Ausbildungsende garantiert sein!“

„Es ist kaum zu glauben, dass Alleinerziehende nach wie vor benachteiligt werden, obwohl die Vielfalt Familie schon längst in der Lebensrealität der Menschen angekommen ist. Es ist nicht zu verstehen, weshalb die Politik dem nicht Rechnung trägt und Kinder von Alleinerziehenden dafür bestraft, in welcher Familienform sie leben“, sagte Jana Zuckerhut von der Plattform der Alleinerziehenden.

Dem schloss sich Maria Stern, Obfrau des Forums Kindesunterhalt an: „Dass mittlerweile 42 % der Ein-Eltern-Haushalte in Armut leben, ist ein stiller Skandal. Wir wissen, dass einer der Hauptgründe die Lücken im Kindesunterhaltsgesetz sind. Ich fordere eine Kindesunterhaltssicherung - Jetzt!“

DIE MINDESTSICHERUNG HILFT – INSBESONDERE FRAUEN UND ALLEINERZIEHENDEN [Presseaussendung vom 03.11.2016]

Der Österreichische Frauenring unterstützt die Initiative #abersicher der Armutskonferenz für eine bessere Mindestsicherung mit weniger Armut. „Wie aktuell in Österreich gegen BezieherInnen der Mindestsicherung Stimmung gemacht wird, ist mehr als besorgniserregend. Die Mindestsicherung ist ein wichtiges Instrument, um soziale Sicherheit im Land zu gewährleisten. Wir brauchen keine Kürzungen, sondern Verbesserungen“, sagte Sonja Ablinger, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.

Alleinerziehende sind die am häufigsten von Armut betroffene Gruppe in Österreich, rund 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen. Fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen, schlecht bezahlte ‚Frauenberufe‘, der nach wie vor bestehende Gender Pay Gap von rund 23 Prozent und die steigende Arbeitslosigkeit unter Frauen treffen sie – und ihre Kinder – besonders hart. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist eine wichtige Maßnahme, die für viele Alleinerziehende das letzte soziale Netz darstellt. „Die Mindestsicherung muss zumindest auf das Niveau der Armutsgrenze angehoben werden, um Alleinerziehenden und ihren Kindern gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen“, sagte Sonja Ablinger.

Auch für gewaltbetroffene Frauen stellt die bedarfsorientierte Mindestsicherung ein wichtiges Auffangnetz dar – insbesondere in Zeiten von Trennung und Scheidung. Die Mindestsicherung ist daher ein wichtiger Baustein für die Sicherung einer eigenständigen Existenz und zentral für die Bekämpfung und Vermeidung von Frauenarmut. „Laut Gleichstellungsbericht des Weltwirtschaftsforums ist Österreich bei der Gleichstellung von Frauen und Männern von Platz 37 im Vorjahr auf Platz 52 abgestürzt. Die Regierung muss endlich aufwachen und handeln“, so Ablinger abschließend.

WIE HALTEN SIE'S MIT DEN FRAUEN? DER FRAUENRING BEFRAGT DIE KANDIDATEN FÜR DAS BUNDESPRÄSIDENTENAMT [06.12.2016]

Als Dachorganisation österreichischer Fraueneinrichtungen und Fraueninitiativen vertritt der Österreichische Frauenring indirekt die Interessen von über einer Million Frauen. Für die von uns vertretenen Frauen ist es in ihrer jeweiligen Wahlentscheidung nicht unerheblich, welche Positionen ein zukünftiger Bundespräsident zu zentralen Fragen der Geschlechterpolitik einnimmt.

Der Frauenring hat deshalb die beiden Kandidaten, Norbert Hofer und Alexander van der Bellen, dazu aufgefordert, uns ihre Positionen zu ausgewählten frauen- und gleichstellungspolitischen Fragestellungen zu übermitteln.

Der Frauenring hat die Kandidaten zu fünf Themengebieten befragt:

1. Die Position von Frauen am Arbeitsmarkt

Van der Bellen kritisiert die geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede und die mangelnde Repräsentation von Frauen in führenden Positionen. Er thematisiert auch die Mehrfachbelastung von Frauen durch unbezahlte Arbeit und verspricht die Regierung zum Handeln aufzufordern.

Hofer sieht vor allem niedrige Kollektivlöhne als problematisch, er fordert einen gesetzlichen Mindestlohn und steuerliche Anreize für die Einstellung von älteren Arbeitnehmerinnen und

Wiedereinsteigerinnen. Die Aufteilung unbezahlter (Care)Arbeit will Hofer „nicht immer wieder zu einem politischen Thema“ machen. Den Gender Pay Gap und die Mehrfachbelastung von Frauen thematisiert er nicht.

2. Frauen in Entscheidungsfunktionen

Hofer lehnt Quotenregelungen per se ab und sieht den geringen Frauenanteil als Resultat dessen, dass Frauen sich öfter für eine Familie als für eine Karriere entscheiden würden.

Van der Bellen vertritt die Meinung, dass die „Quote vielleicht nicht das eleganteste politische Mittel ist, aber jedenfalls ein effektives“. Er verweist auf erfolgreiche Modelle in Skandinavien.

Der Frauenring setzt sich für Quoten als Mittel zur Steigerung des Frauenanteils in Entscheidungsfunktionen ein.

3. Gewalt an Frauen und Kinder

Van der Bellen sieht Gewaltschutz klar als Aufgabe des Staates und sieht in der Istanbul Konvention einen Meilenstein, weil sie einen strukturellen Gewaltbegriff anwendet und die Unterzeichner-Länder auch erstmals rechtlich bindet, Gewalt an Frauen umfassend zu bekämpfen.

Norbert Hofer sieht in der Istanbul Konvention einen Schritt in die richtige Richtung. Er sieht vorrangig die Notwendigkeit, dass Opfer Unterstützung in Anspruch nehmen.

Anmerkung des Frauenrings: Gewaltschutz gehört zu den Schutzpflichten des Staates und daher zu den Staatsaufgaben!

4. Situation alleinerziehender Frauen

Norbert Hofers hält eine parlamentarischen Enquête betreffend die Situation Alleinerziehender für zielführend, wie sie der Frauenring unlängst forderte.

Van der Bellens unterstützt die Frauenringforderung, dass Unterhaltsvorschüsse nicht mit dem 18. Lebensjahr enden sollten.

5. Selbstbestimmungsrecht von Frauen

Van der Bellen sieht die Fristenlösung als "wichtige Errungenschaft der Frauenbewegung" und sieht sie als private Entscheidung. Frauen sollten alle Unterstützung und Beratung erhalten, die sie brauchen.

Hofer fordert die Schließung von privaten Ambulatorenen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen und will dass Abbrüche nur noch in öffentlichen Krankenhäusern stattfinden.

Anmerkung des Frauenrings: Die Privatkliniken tragen aktuell wesentlich zur Sicherung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen bei. Nicht alle öffentliche Krankenhäuser und nicht alle Bundesländer bieten Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch an. Die Umsetzung von Hofers Forderung würde damit Frauen den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch erschweren.

Im Vergleich der Antworten der Kandidaten zeigt sich für den österreichischen Frauenring, dass sich Alexander van der Bellen weitaus deutlicher für die Wahrung der Rechte von Frauen und deren gesellschaftliche Gleichberechtigung ausspricht.

Die vollständigen Antworten können unter http://www.frauenring.at/sites/default/files/artikel/Frauenring-Fragebogen_BPWahl16.pdf nachgelesen werden.

OFFENER BRIEF BETR. DIE ÄNDERUNGEN IM AUFSICHTSRAT DER WIENER ZEITUNG [06.12.2016]

An

Bundeskanzler Christian Kern
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1010 Wien

übermittelt via E-Mail: christian.kern@bka.gv.at

Wien, am 6.12.2016

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

mit großem Befremden haben wir verfolgt, dass es im Aufsichtsrat der *Wiener Zeitung* zu einer Umbildung kommen soll: Berichten der APA zufolge hat die Bundesregierung beschlossen, dass Frank Hensel die derzeitige Aufsichtsratsvorsitzende Astrid Zimmermann ablösen soll. Gleichzeitig soll auch Helga Luczensky als ihre Stellvertreterin gehen.

Weshalb Astrid Zimmermann, die – nicht zuletzt in ihrer Funktion als Generalsekretärin des Presseclubs Concordia – über jahrelange Erfahrung und damit große Expertise in der Medienbranche verfügt, abgelöst werden soll, ist für uns nicht nachvollziehbar. Der Wiener Zeitung gingen mit dieser Entscheidung eine weibliche Aufsichtsratsvorsitzende mit exzellenten Medienkenntnissen und ihre Stellvertreterin verloren.

Die angemessene Repräsentation von Frauen in leitenden Positionen ist dem Frauenring als Dachorganisation österreichischer Frauenvereine ein besonderes Anliegen. Das Fraunetzwerk Medien beobachtet die angemessene Repräsentanz von Frauen in der Medienbranche genau. Im März 2011 verpflichtete sich die Bundesregierung selbst dazu eine Frauenquote in den Aufsichtsräten der Bundesunternehmen einzuhalten. Dies erachten wir als einen wesentlichen Schritt in Richtung Geschlechtergerechtigkeit. Gerade vor dem Hintergrund dieser Selbstverpflichtung ist die Ablöse Astrid Zimmermanns und Helga Luczenskys für uns völlig unverständlich.

Der Österreichische Frauenring und das Fraunetzwerk Medien sprechen sich aus diesem Grund ausdrücklich gegen den geplanten Umbau des Aufsichtsrates der Wiener Zeitung aus.

Wir ersuchen Sie dringend um eine diesbezügliche Stellungnahme und verbleiben

mit besten Grüßen,

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Sonja Ablinger".

Sonja Ablinger
Vorsitzende ÖFR

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Edith Stohl".

Edith Stohl
Vorsitzende Fraunetzwerk Medien

4. VERANSTALTUNGEN UND AKTIONEN

4.1 TEILNAHME AN ONE BILLION RISING

ONE BILLION RISING ist eine weltweite Kampagne für ein Ende der Gewalt an Frauen und Mädchen. Die „Milliarde“ steht für die statistische Aussage der UN, dass ein Drittel aller Frauen und Mädchen weltweit in ihrem Leben Opfer von Gewalt werden. Bereits seit 15 Jahren ist der 14. Februar nicht nur Valentinstag, sondern auch V-Day; eine globale Bewegung, die von der New Yorker Künstlerin Eve Ensler ins Leben gerufen wurde.

Am 14.2. gehen auch dieses Jahr - und zum dritten Mal in Österreich - weltweit abertausende Menschen aus 205 Ländern und mehr als 5000 Organisationen auf die Straße, um singend und tanzend für ein friedliches und gewaltfreies Miteinander einzutreten.

Ein Video zur Veranstaltung findet sich unter <https://youtu.be/DcC5u5GLfKg?list=PL1jq9C7jE1yf0BruoRdViJpYUHbm0aoBU>

4.2 TEILNAHME AN DER DEMONSTRATION ANLÄSSLICH DES INTERNATIONALEN FRAUENTAGS

Der Internationale Frauentag ist nicht nur ein international wichtiger Tag, um Rechte für Frauen und Mädchen einzufordern, sondern gibt vor allem Anlass, um einen Blick auf weltweit bestehende geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten und Missstände zu werfen.

Vertreterinnen des Österreichischen Frauenrings beteiligten sich deshalb auch im Jahr 2016 wieder an der Demonstration, die am 8. März anlässlich des internationalen Frauentags in Wien stattfand.

4.3 VERGABE DES FRAUENRING-PREISES 2016

Am 5. April 2016 wurde im Ministerium für Bildung und Frauen der Frauenring-Preis 2016 verliehen. Ausgezeichnet wurden die Journalistin und Autorin Sibylle Hamann, die Professorin für Geschichte der Neuzeit, Frauen- und Geschlechtergeschichte Gabriella Hauch und die Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin Ulli Weish.

Gastgeberin Gabriele Heinisch-Hosek zeigte sich vom vielfältigen Schaffen der Preisträgerinnen beeindruckt: „Wir brauchen solche engagierten Kämpferinnen für die Sache der Frauen, die den Weg für mehr Geschlechtergerechtigkeit ebnen“, sagte die Frauenministerin.

Sonja Ablinger, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings, wies auf die Hürden hin, die es in Österreich noch immer zu überwinden gilt: „In den vergangenen Monaten wurde oft davon geredet, dass die Gleichberechtigung zur österreichischen Leitkultur gehöre. Die oberösterreichische Männerregierung oder die Vergabe des Bürgermeisteramts in Egg sprechen jedoch eine andere Sprache“, so Ablinger.



Die Vergabe des Frauenring-Preises 2016 im Bundesministerium für Bildung und Frauen

Sibylle Hamann wurde für ihre langjährige journalistische Arbeit ausgezeichnet. “Mit Mut und Feingefühl weist sie auf soziale Missstände hin”, sagte Laudatorin Jula Rabinowich. Dabei habe sie sich nie an Trends orientiert und trotz Gegenwinds unermüdlich feministische Themen bearbeitet.

“Die wissenschaftliche Arbeit von Gabriella Hauch bietet einen großartigen Überblick darüber, was Frauengeschichte in Österreich ist und war”, sagte Helene Maimann über die zweite Preisträgerin. Als kritische Wissenschaftlerin sei sie immer auch Teil der Frauenbewegung gewesen.

Ulli Weish, Universitätslektorin und Aktivistin der Plattform 20000frauen, wurde für ihr feministisches Engagement ausgezeichnet, das wissenschaftliche Theorie und politischen Aktionismus verbindet. “Es ist auch als Freundin schwierig, darüber am Laufenden zu bleiben, in wie vielen zivilgesellschaftlichen Projekten Ulli Weish - trotz ihrer Prekarität - engagiert ist”, sagte Laudatorin Margit Böck.

4.4 STUDIENPRÄSENTATION UND DISKUSSION – FRAUENPOLITIK UND MEDIEN

“Die Frauenpolitik kämpft in Medien, Politik und im Bewusstsein der Öffentlichkeit nach wie vor um ihre Daseinsberechtigung. Absurd eigentlich, denn zu tun gäbe es auf diesem Gebiet genug. Und da genügt es dann nicht, wenn sich die Verantwortlichen in der Politik zweimal im Jahr aufrufen, frauenpolitische Floskeln wiederkauen und den Frauen Blumen streuen.” (Maria Pernegger)

Wie und in welcher Form in Medien über Frauen und Frauenpolitik berichtet wird, sagt viel über gängige Frauenbilder aus. Sie schaffen damit auch Realität. Maria Pernegger, Leiterin der Abteilung Reporting und Analyse bei Media Affairs untersucht regelmäßig die österreichische Medienlandschaft und analysiert, mit welchen Themen Frauen in den österreichischen Medien vorkommen und wie Geschlechterfragen in Zeitungen dargestellt werden.



Studienpräsentation und Diskussion mit Maria Pernegger (Foto © Katharina Schiffli)

Unter dem Titel „Zwischen Aufregung und Abwesenheit“ luden die Frauenabteilung der Arbeiterkammer Wien gemeinsam mit dem Frauennetzwerk Medien und dem Österreichischen Frauenring zur Präsentation und zum Gespräch über Frauenpolitik in den Medien. Den Einstieg zum Austausch gestaltete Mag.a Maria Pernegger mit einer Präsentation der Ergebnisse aus der Media Affairs-Studie „Frauenpolitik in den Medien“.

4.5 PRESSEKONFERENZ ZUM THEMA UNTERHALT

Laut EU-SILC 2015 haben Alleinerziehende mit 42 % die höchste Armutsgefährdung und sie ist seit 2005 um 15 % angestiegen. Kinder von AlleinerzieherInnen sind stark von Ausgrenzung betroffen. Im Regierungsprogramm „Erfolgreich Österreich“ wurde eine Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes angekündigt und auch das Regierungsübereinkommen aus 2008 kündigte eine Verbesserung an – passiert ist nichts.

Unter dem Motto „Wegschauen gilt nicht - Versprechen einhalten statt ewig vertrösten!“ lud am 21. Oktober 2016 ein Bündnis aus Österreichischem Frauenring, Österreichischer Plattform der Alleinerziehenden, dem Forum Kindesunterhalt gemeinsam mit SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Katharina Kucharowits und der Familiensprecherin der Grünen Judith Schwentner zu einer Pressekonferenz.



„Wegschauen gilt nicht!“ – Pressekonferenz zum Thema Kindesunterhalt

Das Bündnis übte gemeinsam Druck auf die Regierung aus: „Wir wollen die Verantwortlichen beim Thema Kinderarmut und prekäre Lebenssituation der Alleinerziehenden wachrütteln“, kündigten die Frauen an und mahnten konkrete Reformen ein.

Bei der Pressekonferenz wurde ein Forderungspaket präsentiert, das unter folgendem Link abgerufen werden kann:

http://www.frauenring.at/sites/default/files/artikel/Presseunterlage_Kindesunterhalt.pdf

4.6 UNTERSTÜTZUNG DER KAMPAGNE „GEWALTFREI LEBEN“

Frauen und Mädchen sind nach wie vor indirekt und direkt von psychischer und physischer Gewalt betroffen – sei es im öffentlichen Raum, in der Arbeitswelt, in PartnerInnenschaften oder im eigenen zu Hause. Die österreichweite Kampagne „GewaltFREI LEBEN“ setzt hier an, indem sie für das Thema Gewalt an Frauen und Kindern sensibilisiert und Präventionsarbeit leistet.

Der Österreichische Frauenring setzt sich ganz entschieden gegen Gewalt in einer zivilisierten Gesellschaft ein. Diese Kampagne gegen Gewalt ist ein wichtiger Schritt und macht uns bewusst, dass wir noch nicht in einer zivilisierten Gesellschaft leben. Der ÖFR beteiligte sich daher als offizielle Partnerin an der Kampagne durch die Verbreitung und Bekanntmachung der Frauenhelpline gegen Gewalt bei allen Mitgliedsorganisationen und auf der neuen Website vom Frauenring.

4.7 ROUND TABLES DES ÖFR

Seit 2015 organisiert der Frauenring regelmäßig Runde Tische zu spezifischen Themen. Bei diesen Veranstaltungen wird in einem Kreis von Expert*innen zu bestimmten frauenrelevanten Themen diskutiert. Die Runden Tische dienen der Vernetzung, dem inhaltlichen Austausch und der Erarbeitung von Positionen.

Im Jahr 2016 fokussierte der ÖFR auf folgende drei Themen: 1) die Situation Alleinerziehender, 2) Leihmutterschaft, 3) Ein-Personen-Unternehmen (EPUs).

ÖFR-Round Table zur Situation Alleinerziehender

Beim ersten Runden Tisch im April 2016 diskutierten vom ÖFR geladene Expertinnen und Mitgliedsorganisationen die Situation von Alleinerzieherinnen und mögliche Forderungen für eine Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes.

Laut einer Befragung der Plattform für Alleinerziehende erhält nur jede zweite Alleinerzieherin regelmäßig Kindes-Unterhalt vom Vater des Kindes, viele Frauen sind auf staatliche Unterhaltsvorschüsse angewiesen. Doch bis endlich gezahlt wird, kann es Jahre dauern, Alleinerziehende und ihre Kinder rutschen an den Rand der Armut. 110.000 Ein-Eltern-Familien mit Kindern unter 15 Jahren lebten laut Statistik Austria 2014 in Österreich, 93 Prozent von ihnen waren Frauen. Alleinerziehende haben keine starke Lobby, wohl auch darum werden Reformen im Unterhaltsvorschussgesetz auf die lange Bank geschoben. Vorschläge für Verbesserungen und Ideen für ein wirksames Kindesunterhaltssicherungssystem gibt es schon lange – aber der politische Druck für eine Reform fehlt.

Der Runde Tisch war Ausgangspunkt für eine ganze Reihe von Stellungnahmen, Gesprächen und schließlich eine Pressekonferenz. Der Frauenring hat in diesem

Zusammenhang auch ein Positions- und Forderungspapier entwickelt:
<http://www.frauenring.at/oefr-fordert-novelle-unterhaltsvorschussgesetzes>

ÖFR-Round Table zum Thema Leihmutterschaft

Unter dem Titel "Kinder auf Bestellung? Feministische Positionen zum Thema Leihmutterschaft" lud der ÖFR im September 2016 zu einem Runden Tisch.

Selbstbestimmte Mutterschaft und das Recht über den eigenen Körper zu entscheiden, sind seit jeher zentrale Themen feministischer Debatten. Im Kontext von Leihmutterschaft erscheinen diese Fragen allerdings in einem neuen Licht. In Österreich ist Leihmutterschaft gesetzlich verboten. Angesichts der ausbeuterischen Verhältnisse, denen Leihmütter in anderen Ländern oftmals ausgesetzt sind, fällt es schwer, das Phänomen schlichtweg als eine Möglichkeit zu sehen, mit dem der Familienwunsch erfüllt wird. Ist Leihmutterschaft nun also nichts anderes als eine Form von neoliberaler Biopolitik; gar eine neue Form der Sklaverei? Oder steckt darin vielleicht das Potenzial patriarchale Familienbilder aufzubrechen? Wie steht es um die Rechte von Leihmüttern? Gibt es so etwas wie ein „Recht“ auf Kinder? Und welche Mutterbilder kursieren überhaupt im Diskurs über Leihmutterschaft?

Dies waren nur einige der spannungsgeladenen Fragen, über die wir beim Runden Tisch gesprochen wurde. Der Runde Tisch war auch Ausgangspunkt für eine Diskussion der verschiedenen Positionen innerhalb des Frauenrings zum Thema Leihmutterschaft.

ÖFR-Round Table zum Thema Ein-Personen-Unternehmen

Im Oktober 2016 lud der ÖFR zu einem Round Table zum Thema Ein-Personen-Unternehmen (EPUs).



Runder Tisch des Österreichischen Frauenrings zum Thema
Ein-Personen-Unternehmen

EPUs machen in Österreich bereits mehr als die Hälfte der heimischen Firmen aus, rund 50 Prozent der EPUs sind Frauen. Seit 2009 liegen Frauen bei den Neugründungen sogar deutlich vor den Männern. EPUs sind ein relativ neues Phänomen in Österreich. Während viele Menschen freiwillig den Schritt in die Selbständigkeit wagen, sehen sich andere aufgrund von Auslagerungen und Umstrukturierung in einzelnen Branchen dazu gezwungen. Auch wenn vor kurzem kleine Verbesserungen der sozialrechtlichen und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen umgesetzt wurden - EPUs haben nach wie vor mit zahlreichen Hürden zu kämpfen. Gegenüber Angestellten sind EPUs deutlich benachteiligt, so zahlen sie etwa 27 Prozent ihres Einkommens für Unfall-, Kranken- und Pensionsversicherung, Angestellte nur

18 Prozent. Ihre durchschnittliche Wochenarbeitszeit ist zudem deutlich höher, viele können sich einen Krankenstand nicht leisten, der Abrechnungsmodus der SVA bereitet vielen existenzielle Schwierigkeiten. Ausschließlich selbständige Frauen verdienen in Österreich deutlich weniger als Männer, 2012 waren es durchschnittlich 8.375 Euro netto pro Jahr (Männer: 13.531 Euro).

Im Erwerbsleben zwischen Angestellten und klassischen UnternehmerInnen angesiedelt, fühlen viele EPUs sich von sämtlichen Interessenvertretungen im Stich gelassen. Neue Selbständige (z.B. JournalistInnen) werden zudem nicht von der Wirtschaftskammer vertreten, ArbeitnehmerInnenvertretungen fühlen sich nicht für sie zuständig.

Im Rahmen des Runden Tisches wurde diskutiert, wie Einzelunternehmerinnen sichtbar gemacht werden können und welche Verbesserungen es konkret braucht, um auch Ein-Personen-Unternehmerinnen eine abgesicherte eigenständige Existenz zu ermöglichen und sie vor Altersarmut zu schützen.

4.8 AUSTAUSCH UND ZUSAMMENARBEIT MIT DER PLATTFORM FÜR EINE MENSCHLICHE ASYLPOLITIK

Mit großer Besorgnis beobachtete der Österreichische Frauenring, wie aktuell in Europa mit schutzsuchenden Personen umgegangen wird. Um unsere Solidarität mit Flüchtlingen zu zeigen und auch, um auf die besonders problematische Situation flüchtender und geflüchteter Frauen aufmerksam zu machen, beteiligte sich der ÖFR immer wieder an Aktionen und Demonstrationen im öffentlichen Raum.



Frauenring-Vertreterinnen auf einer Demo der Plattform für eine menschliche Asylpolitik am 19. März

Frauenring-Vertreterinnen nahmen an einer Reihe von Vernetzungstreffen mit Organisationen und Einzelpersonen, die sich besonders für Frauen und Mädchen auf der Flucht einsetzen, teil und unterstützten eine ganze Reihe an Aktionen und Veranstaltungen zum Thema. So wiesen ÖFR-Vertreterinnen etwa auch bei einer Aktion am Internationalen Tag der Menschenrechte auf die spezifische Situation von Frauen auf der Flucht hin – ein Redebeitrag der stv. Vorsitzenden Brigitte Hornyik ist etwa unter folgendem Link nachzuhören: <https://youtu.be/7OOfcQmIQ5o>

5. INTERNATIONALE KONTAKTE

Wie auch an einigen der bereits angeführten Aussendungen deutlich wird, beschränkt sich der frauenpolitische Einsatz des ÖFR nicht auf eine nationale Ebene.

Ilona Graenitz (Verein der Akademikerinnen Österreichs), Christiane Ugbor (Afrikanische Frauenorganisation) und Sophie Hansal (ÖFR) haben als ÖFR-Vertreterinnen an etlichen Sitzungen und Online-Meetings der Europäischen Frauenlobby (European Women's Lobby, EWL), sowie Veranstaltungen in Brüssel teilgenommen und bei den ÖFR-Sitzungen von diesen berichtet. Durch das Engagement bei der EWL konnten auch immer wieder länderübergreifende Bündnisse hergestellt werden; u.a. der Kontakt zum European Institute of Gender Equality (EIGE).

Die Vertreterinnen des ÖFR waren durch ihre Teilnahme an diversen Treffen und Veranstaltungen der EWL auch am Entscheidungsprozess der künftigen Arbeitsschwerpunkte der EWL für 2017 beteiligt; diese sind u.a. a) Frauen auf der Flucht, b) Gewalt an Frauen (in Zusammenarbeit mit dem EWL Observatory on Violence Against Women and Girls), c) Sexualpädagogik, sowie d) Frauen in Entscheidungs- und Führungspositionen.

5.1 FRAUEN AUF DER FLUCHT UND DAS PROJEKT #WOMENSVOICES

Die EWL hat zahlreiche Veranstaltungen im Rahmen der Reihe #womensvoices organisiert, um geflüchteten Frauen und Migrantinnen eine Stimme zu geben und sie in ihren Forderungen zu unterstützen. Die EWL steht dazu in engem Austausch mit dem European Network of Migrant Women. Christiane Ugbor hat sich für den Frauenring immer wieder mit ihrer Expertise in das #womensvoices-Projekt eingebracht. Im Juni hat der Frauenring einen Brief der EWL an den Präsidenten des Europarates, Donald Tusk, verbreitet, in dem dieser dazu aufgefordert wurde, die Lage von geflüchteten und migrantischen Frauen vermehrt auf die politische Agenda zu setzen. Der Brief ist unter folgendem Link abrufbar: <http://www.womenlobby.org/EWL-calls-on-European-Council-President-to-listen-to-refugee-womensvoices>

Im Rahmen der Generalversammlung unterstützte die österreichische Delegation unter anderem einen Dringlichkeitsantrag betreffend die Förderung der Arbeit der EWL zur Situation von Frauen und Mädchen auf der Flucht. Der Antrag inkludiert folgende Forderungen:

- die Erhöhung der Quoten für UNHCR-Flüchtlinge und Frauen Priorität in diesem Quotensystem zu geben;
- die Implementierung der Familienzusammenführung, wie in der UN Flüchtlingskonvention von 1951 festgehalten, sodass Mütter, Schwestern und Töchter von männlichen Flüchtlingen sicher nach Europa nachreisen dürfen, um so nicht Opfer von Schleppern zu werden;
- die Anwendung der Menschenrechtsprinzipien auf Frauen auf der Flucht, Kindern und auf inländisch Vertriebene (internally displaced people IDP) und besonders auf frauenspezifische Fluchtgründe zu achten – einschließlich Kinder-, Früh-, und Zwangsehen, wie sie in den internationalen Abkommen wie CEDAW und den Kinderrechten verankert sind;

- die Anwendung des EU Asylgesetzes einschließlich der Direktiven für Gender und Frauenrechte

Von Jänner bis Juni 2016 beteiligte sich der Frauenring an einer Erhebung, die im Rahmen des #vomensvoices-Projekts stattfand. Der umfangreiche Fragebogen wurde in Zusammenarbeit von EWL und der Women's Refugee Commission (WRC) erstellt und diente der Erhebung der unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse geflüchteter Frauen und Mädchen in Europa. Ende Juni wandte sich der Frauenring in einem Brief an Bundeskanzler Christian Kern anlässlich seiner Teilnahme an einer Europaratssitzung zum Thema Migration. Darin betonte der ÖFR die aus dem Fragebogen generierten Empfehlungen zum Schutz der Wahrung der Menschenrechte geflüchteter Frauen.

5.2 FRAUEN IN ENTSCHEIDUNGS- UND FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Der aktuelle EWL-Arbeitsschwerpunkt „Frauen in Entscheidungs- und Führungspositionen“ gliedert sich in zwei Teile: die ökonomische und die politische Partizipation und Repräsentation von Frauen. Erstens hat sich die EWL zum Ziel gesetzt, für einen höheren Frauenanteil in den Gremien von Großunternehmen sowie in anderen Institutionen wie öffentlichen Institutionen, mittelständischen Unternehmen, Universitäten, Gerichten, Banken, Medien etc. zu lobbyieren.

Die Arbeit der EWL fokussiert zweitens darauf, Strategien zu entwickeln, um mehr Frauen zu gewinnen, die im Europäischen Parlament bei den Wahlen 2019 gewählt werden können, und so viele Frauen wie Männer im Kollegium der EU-Kommissar*innen vertreten zu sehen. Ilona Graenitz beteiligte sich für den ÖFR Online-Diskussionsgruppen, sowie mehreren Arbeitstreffen zu diesem Thema in Brüssel.

5.3 MAPPING SEXUALITY EDUCATION

Ende des Jahres wurde beschlossen, dass der ÖFR sich am EWL-Projekt „Mapping Sexuality Education“ beteiligt – einem Forschungsprojekt, bei dem EU-weit der Status Quo betreffend Sexualerziehung erhoben werden soll, um daraus feministische Forderungen in der (Weiter-)Entwicklung nationalstaatlicher Sexualerziehungs- bzw. -bildungsprogramme abzuleiten.

Der umfangreiche Fragebogen fokussierte auf folgende fünf Bereiche: 1. eine feministische Idealsituation von sexuality education (Warum ist die Sexualerziehung ein feministisches Thema? Was sind gewünschte Veränderungen?); 2. die aktuelle Situation (Wie sieht der rechtliche Status Quo aus? Wo sind Verbündete und Gegner*innen einer progressiven Sexualkunde zu finden?); 3. nationalstaatlicher Kontext Land (Wo liegen österreichische Spezifika? Wie sieht die Situation im internationalen Zusammenhang aus?); 4. Innovative Praktiken (Wie können Benchmarks aussehen?); 5. Forderungen

Mithilfe des Fragebogens gelang es darzustellen, wie eine feministische Sexualkunde in Bezug auf folgende Themenbereiche relevant ist:

- Bekämpfung von Sexismus und Stereotypen sowie die Frage nach normativen Geschlechterrollen und die Veränderung von Wertehaltungen bei gleichzeitiger Förderung von Gleichstellung und Haltungen, die Gewalt gegen Frauen und Mädchen entgegenwirken

- Infragestellung der Heteronorm und Förderung von respektvolle Haltungen gegenüber verschiedenen Formen von Sexualität zu fördern. Dies führt zu einer Abnahme von Homophobie und Lesbophobie.
- Förderung des vollen Genusses der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der Rechte, einschließlich der Bereitstellung von Informationen über das Fortpflanzungssystem und den Zugang zu Verhütungsmaßnahmen. Dies führt zu einer Abnahme der Teenager-Schwangerschaften und Abtreibungen und einer Abnahme der STI / HIV-Infektionen.
- Förderung eines positiven Körperbildes, von Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl und Ausgleich der negativen Auswirkungen des weit verbreiteten medialen Bildes von Frauen (Hypersexualisierung und Kommodifizierung von Frauen- und Mädchenkörpern)
- Ermutigung von Mädchen und Frauen und Jungen und Männern eine Form von Sexualität zu genießen, die die Bedeutung der Zustimmung und des Wissens über ihre Rechte hervorhebt; die Förderung von Respekt, Akzeptanz, Toleranz und Empathie für andere. Frauen gewinnen an Macht oder Kontrolle in ihren sexuellen Beziehungen und Männer fühlen sich nicht Druck, männliche Stereotypen zu erfüllen und kontrollierenden oder schädlichen Verhaltensweisen zu folgen.
- Verhinderung unterschiedlicher Formen von Gewalt an Frauen und Mädchen: häusliche Gewalt, sexuelle Belästigung, sexueller Missbrauch und Vergewaltigung, sexuelle Ausbeutung, FGM, Kinderheirat usw.

5.4 GENERALVERSAMMLUNG DER EWL

Bei der Generalversammlung der EWL in Brüssel im Juni 2016 legte Ilona Graenitz ihre Position zurück. Die österreichische Delegation bei der EWL wird von nun an von Christiane Ugbor und ihre Stellvertretung von Frauenring-Mitarbeiterin Sophie Hansal übernommen.



Bei der Generalversammlung der Europäischen Frauenlobby 2016 in Brüssel (© EWL)

Christiane Ugbor und Sophie Hansal sind seit Juni in diversen Arbeitsgruppen der EWL aktiv – so etwa in einer Taskforce, die sich mit antifeministischem Backlash beschäftigt, einer Arbeitsgruppe zur Repräsentation von Frauen in der Politik und einer Gruppe, die zur sozioökonomischen Situation von Frauen europaweit arbeitet. In den Vorstandssitzungen des Frauenrings berichten sie regelmäßig über die Tätigkeiten der EWL.

5.5 EWL OBSERVATORY ON VIOLENCE AGAINST WOMEN AND GIRLS

Im Oktober 2016 wurde Sophie Hansal als österreichische Vertretung im EWL Observatory on Violence Against Women and Girls entsandt. Das Observatory ist eine einzigartige Einrichtung, die eine Gruppe von Frauen aus mehr als 30 europäischen Ländern zusammenbringt und so Kompetenzen und Expertisen zum Thema bündelt. In einem ersten Treffen des Observatorys im November in Brüssel war Sophie Hansal an der Festlegung der Arbeitsschwerpunkte beteiligt und konnte internationale Kontakte mit Gewaltschutzexpertinnen aus ganz Europa knüpfen.



EWL Observatory Meeting im November 2016 in Brüssel (© EWL)

Das EWL Observatory zielt auf die Bekämpfung jeglicher Gewalt an Frauen und Mädchen und umfasst damit mehrere Schwerpunkte: 1) strukturelle Gewalt, 2) Gewalt in der Familie und Privatsphäre, 3) staatliche Gewalt an Frauen und Mädchen, 4) Gewalt an Frauen und Mädchen im Kontext von Krieg. Das Observatory steht dabei in engem Austausch mit der Europäischen Frauenlobby.

Der Frauenring hat sich dieses Jahr insbesondere in Bezug auf die folgenden Themen im EWL Observatory eingebracht: a) Frauen und Mädchen auf der Flucht und Migrantinnen (s. #vomensvoices-Projekt), b) sexuelle Gewalt, c) Female Genital Mutilation.

Der ÖFR betonte auch 2016 innerhalb des EWL Observatorys (und entgegen dessen Haltung) erneut die in Zusammenarbeit mit der ÖFR-Mitgliedsorganisation Lefö entwickelte Position zum Thema Sexarbeit (<http://www.frauenring.at/sexarbeiterinnenrechte-frauenrechte>).

Im Rahmen einer eineinhalbtägigen Konferenz, die in Kooperation zwischen dem EWL Observatory und WIDE ebenfalls im November in Brüssel stattfand, und die Situation von Frauen und Mädchen auf der Flucht zum Thema hatte, konnte Sophie Hansal die diesbezüglichen Forderungen des Frauenrings auch auf europäischer Ebene vertreten.

Im Rahmen von mehreren Workshops und Paneldiskussionen wurden der Status Quo in verschiedenen europäischen Ländern und Handlungsbedarf thematisiert. Zentral war dabei das Thema Gewalt an geflüchteten Frauen und Mädchen, sowie der Umgang mit Frauen und Mädchen, die auf der Flucht Gewalt erfahren.



„Advocating for the rights of female refugees/migrants“:
Paneldiskussion 2016 in Brüssel (© Sophie Hansal)

Der Österreichische Frauenring unterstützt(e) die Kampagne der Europäischen Frauenlobby, um die Unterzeichnung, Ratifizierung und Implementierung der Istanbul Konvention, des umfangreichsten Europäischen Menschenrechtsabkommens, auf EU-Ebene und in den einzelnen Nationalstaaten zu forcieren. Im April wandten wir uns diesbezüglich in einem Brief an verschiedene österreichische EU-Politiker*innen mit der Bitte um Unterstützung unserer Forderungen.

2016 war Österreich gemeinsam mit Monaco eines der ersten beiden Länder, die den GREVIO Evaluierungsprozess durchliefen. Das GREVIO-Komitee (Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence) evaluiert die tatsächliche Implementierung der Istanbulkonvention (IC). Zusätzlich zum offiziellen Staatenbericht lud das GREVIO-Komitee auch Vertreterinnen von Frauenrechtsorganisationen zur Verfassung eines Schattenberichts ein. Unter der Koordination der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie und des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser – AÖF sind verschiedene Gewaltschutz- und Frauenrechtsorganisationen der Einladung des GREVIO-Komitees gefolgt und haben den folgenden Schattenbericht verfasst: <http://www.frauenring.at/schattenbericht-implementierung-istanbul-konvention-oesterreich>

Christiane Ugbor und Maria Rösslhuber (AÖF, WIDE) waren aktiv an der Erstellung des Schattenreports beteiligt, sowie auch am international besetzten Monitoringprozess, der im Dezember 2016 in Wien stattfand.

6. SONSTIGE TÄTIGKEITEN

Expertinnen des Österreichischen Frauenrings haben auch 2016 dazu beigetragen, das zentrale Anliegen des ÖFR – die Gleichstellung der Geschlechter – durch ihre Teilnahme an und Inputs bei verschiedenen Veranstaltungen und Initiativen voranzutreiben.

So ist der Frauenring 2016 unter anderem einer Nominierungsbitte für das Publikumsforum des Hauses der Geschichte Österreich nachgekommen. Als Historikerin und Kulturanthropologin, die sich intensiv mit österreichischer Frauengeschichte beschäftigt, hat der Frauenring Hanna Hacker als Vertreterin für Frauenanliegen im Publikumsforum nominiert.

Des Weiteren hat der Frauenring sich an einem Forschungsprojekt der ETH Zürich beteiligt. Das sog. *Name Generator*-Projekt der Forscherin Reini Schrama vom Center for Comparative and International Studies (CIS) der ETH Zürich stellt eine Netzwerkanalyse europäischer Frauenorganisationen und -vereine dar.

Im Oktober 2016 fand in Wien der zweite internationale Feminismus-Marxismus Kongress statt. Der Titel des Kongresses lautete "Brücken bauen – Sichtweisen verschieben – Visionen stärken – Alternativen erkunden". Der Frauenring war Kooperationspartnerin der Veranstaltung. Die Vorträge und Diskussionen der zweitägigen Konferenz wurden dokumentiert und stehen nun unter folgendem Link online zum Nachsehen bzw. -hören zur Verfügung: https://www.youtube.com/playlist?list=PLE8NFEU2PRpN-mimWcF0RoqsYzK-F_o4-

Der Frauenring steht außerdem auch in Austausch mit dem neu gegründeten Dachverband für Burschen-, Männer- und Väterarbeit (DMÖ) (<http://dmoe-info.at>).

Im Austausch mit der Initiative Audivisuelles Archiv (AVA, <http://audiovisuellesarchiv.org/>), einem Online-Archiv für videographierte Lebensgeschichten, hat sich der Österreichische Frauenring zudem bereit erklärt das AVA ggf. durch Expertise in ihrer Arbeit zur Dokumentation frauenpolitischer Geschichte in Österreich zu unterstützen.